

## Zeit für PPP?

11.04.2008 | 18:29 | Von Christian Kühn (Die Presse)

**Wieder einmal ist in Wien eine Sanierung erfolgt, die einem Totalschaden nahekommt. Die Wiener Würfeluhren gleichen seit Kurzem überdimensionalen, billigen Küchenweckern. Oder: Wenn beim „Public Private Partnership“ der Blick aufs Wesentliche verloren geht.**

Alles schien perfekt zu laufen. Seit Jahren plagte sich die Stadtverwaltung mit dem Problem der „Wiener Würfeluhren“, deren erste Exemplare auf das frühe 20. Jahrhundert zurückgehen, kubische Gehäuse mit abgeschrägten Ecken und hinterleuchteten Zifferblättern, auf denen sich ein kleines Wappen der Stadt Wien und der Schriftzug „Normalzeit“ befanden. Diese Uhren waren ein wichtiges Element der städtischen Infrastruktur, das es der Industriegesellschaft der späten Gründerzeit ermöglichte, im Gleichtakt zu funktionieren. Der Typus der Normaluhr mit vier Zifferblättern, die rundum das Ablesen der Zeit erlauben, findet sich in vielen europäischen Städten. 1905 wurde die Würfeluhr auch auf der Ringstraße heimisch: Das erste Exemplar befand sich direkt neben der Oper, wo es noch heute – allerdings auf die Außenseite des Rings versetzt – zu bewundern ist.

Wer diese Uhr entworfen hat, ist nicht bekannt. Ihre Form ist zeitlos und wurde nie verändert, obwohl manche Uhren in der Substanz völlig erneuert wurden. Nicht geändert hatte sich über die Jahre auch die Form des hinterleuchteten Zifferblattes und der Zeiger. Während das Gehäuse an die „Neue Sachlichkeit“ der Zwischenkriegszeit erinnert, wiesen die Rautenformen der Zeiger und der Stundenmarkierungen eher ins 19. Jahrhundert, was aber keineswegs ihre Lesbarkeit schmälerte: Gerade die spitz zulaufenden Formen erlaubten es dem Auge auch auf Distanz, die Zeit gut wahrzunehmen.

„Schön“ im herkömmlichen Sinn sind sie sicher nicht: Würde es die Stadt heute wagen, ein ähnlich spartanisches Stadtmobiliar im Bereich des Weltkulturerbes vorzuschlagen, wären Bürgerproteste und Klagen der Unesco-Welterbehüter unausweichlich. Aber die Würfeluhren sind nun einmal da, und was da ist, ist in Wien gut, und deshalb hat noch jeder Versuch, eine von ihnen zu entfernen, zu einem Aufschrei geführt. Als nun die nächste Sanierungswelle für die Uhren anstand, weigerten sich die zuständigen Bezirke aber, die Kosten für die Sanierung aufzubringen.

Wenn die öffentlichen Kassen leer sind, heißt die rettende Idee heute: „Public Private Partnership“. Warum soll die Stadt sich nicht einen privaten Partner nehmen, der ihre öffentliche Aufgabe, in diesem Fall die Zeitanzeige, unterstützt und dafür entschädigt wird? Platz ist auf einem Zifferblatt genug, hinschauen tun die Leute auch – so wird man sich gedacht haben –, und schon war die Lösung gefunden: Die Wiener Städtische Versicherung darf ihr Logo zehn Jahre lang mitten im Zifferblatt platzieren und bezahlt dafür die Sanierung der Uhren, in Summe 550.000 Euro – ein stolzer Betrag, der sich aber relativiert, wenn man ihn aufs Jahr und die Einzeluhr herunterbricht. 733,33 Euro pro Jahr und Uhr mit Vierfachwerbefläche sind durchaus bescheiden.

Das Einzige, das bei diesem Konzept aus Werbesicht stört, sind naturgemäß die Zeiger. Die kreisen ja zwangsläufig über dem Logo, und das schmälert den „Impact“, wie der Werber sagt. Kein Problem, erklärte der Grafiker der Wiener Städtischen, ich mach euch ein Zifferblatt mit Zeigern, die sind in der Mitte ganz dünn und verbreitern sich erst über den Stundenmarkierungen. Das sieht elegant aus, und unser Logo bleibt frei. Da freuten sich der Bürgermeister und der Stadtrat und der Generaldirektor, und im November 2007 enthüllten Michael Häupl, Rudi Schicker und Günter Geyer das erste Exemplar im neuen Design. Der historische Wert der alten Uhr war mit diesem Design aber ruiniert. Das neue Zifferblatt gab sich modernistisch-elegant, womit der Kontrast zwischen der scheinbaren „Neuen Sachlichkeit“ des Gehäuses und dem spätgründerzeitlichen Zifferblatt

verschwunden war. Aus der alten Uhr hatte man dagegen eine kleine Kulturgeschichte der späten Monarchie und ihrer inneren Spannungen ableiten können.

Das neue Design erwies sich freilich bald als veritabler Schildbürgerstreich. Die Zeigerwaren so dezent, dass es für viele Passanten kaum mehr möglich war, die Zeit abzulesen. Der Bürgermeister bekannte sich zwar mit einer entwaffnend ehrlichen Erklärung zum neuen Design: „Ich finde es vor allem deshalb gut, weil die Stadt nicht mehr dafür zahlt.“ Aber nachdem die ersten dieser Uhren in Betrieb gegangen waren, häuften sich die Proteste, und schließlich blieb es dem „Referat für die Projektierung von Lichtinstallationen und Uhren“ im Wiener Magistrat überlassen, das Zifferblatt noch einmal so zu überarbeiten, dass die Uhrzeit auch aus der Ferne zu erkennen ist: Die Zeiger sind tüchtig verbreitert, die Stundenmarkierungen verlängert, und die Überlagerung mit dem Logo ist so unschön, dass sie selbst ästhetisch unempfindlichen Naturen weh tut. Dem vorangegangenen Designerentwurf würde ich dabei keine Sekunde nachtrauern. Aber von der Funktionalität und Klarheit des über 100 Jahre alten Vorgängers kann man nur noch träumen.

Wieso es im Rathaus nirgendwo einen Reflex gab, dieses sich abzeichnende Desaster rechtzeitig zu erkennen, ist das eigentlich Beunruhigende an der Geschichte. „Public Private Partnership“ ist keine Zauberformel. Das gilt nicht nur für Uhren, sondern auch für Großprojekte: Wenn die Gemeinde Wien und ihr Krankenanstaltenverbund ein 500 Millionen Euro teures Krankenhaus wie das Sozialmedizinische Zentrum Nord an ein Konsortium von Porr, Vamed und Siemens beauftragt, die dann als „Totalübernehmer“ für alle Leistungen von der Ausführungsplanung über den Bau bis zum Betrieb auftreten, ist das keine Partnerschaft, sondern die Auslieferung öffentlicher Interessen an die Großunternehmen der Privatwirtschaft. Deren Gewinne sind umso höher, je unpräziser die Planung ist. Ein vorgeschalteter Architekturwettbewerb ändert daran nichts.

In Kärnten wird gerade das vergleichbare Projekt des Landeskrankenhauses mit 700 Betten höchst erfolgreich mit einem Generalplaner in Einzelvergaben abgewickelt. Das setzt freilich Beamte auf Bauherrnseite voraus, die den Überblick bewahren und das Wesentliche nicht aus dem Auge verlieren. Nur so kann langfristig sparsam gewirtschaftet werden. Die Zukunft der Städte entscheidet sich – auch im Zeitalter des PPP – nicht zuletzt an der Kompetenz ihrer Planungsabteilungen. Ob Wien da mithalten kann? ■

("Die Presse", Print-Ausgabe, 12.04.2008)